

Brasilien



Brasilien ist der fünft grösste Staat, nach Russland, Kanada, China und den USA; der Erde und das grösste Land Südamerikas. Seine Fläche von 8.511.965km² umfasst 47% des südamerikanischen Kontinents. Die Einwohnerzahl beträgt 176.875.347 (Stand 08.07.2003). Das Land erstreckt sich von 5° 17` nördlicher Breite bis 33° 45` südlicher Breite sowie von 34° 46` bis 74° westlicher Länge.

Brasilien ist etwa 24 Mal grösster als die Bundesrepublik Deutschland, und grenzt an zehn Nachbarstaaten: im Norden an das französische Übersee-Departement Französisch-Guayana sowie die Länder Surinam, Guayana, Venezuela und Kolumbien; im Süden an Uruguay und Argentinien; im Westen an Paraguay, Bolivien und Peru. Ecuador und Chile besitzen als einzige Staaten des südamerikanischen Kontinents keine gemeinsame Grenze mit Brasilien. Seine Küstenlinie entlang des Atlantiks erstreckt sich über eine Länge von 7.367 km. Mit seinen unmittelbaren Nachbarn verbindet Brasilien eine Grenze von 15.700 Kilometern.

Bevölkerung in Brasilien



Brasilien hat ca. 185.576.900 Einwohner (Stand 09.Jan.2006), 1960 waren es noch 70 Mill. Die Bevölkerung hat sich also in den vergangenen 30 Jahren mehr als verdoppelt. Der grösste Bevölkerungszuwachs erfolgt bekanntlich

in den Unterschichten und vorzugsweise im so genannten marginalen Milieu. Grosse Familien sind in einem Land wie Brasilien ein wichtiges Element der Überlebenssicherung, da Kinder und Jugendliche schon früh

ein Einkommen erzielen. Dann spielt die Haltung der katholischen Kirche Geburtenregelung eine Rolle, dritte die mangelnde Sexualaufklärung und nicht zuletzt die Einstellung des brasilianischen Mannes: ein "richtiger Mann" muss möglichst viele Kinder haben.

In den Favelas und ländlichen Gegenden mag Kinderreichtum noch sinnvoll sein. In Bezug auf die gesamte gesellschaftliche Entwicklung verschärft ein hohes Bevölkerungswachstum alle ohnehin bestehenden Probleme. Vor allem in den Städten produzieren viele Kinder in einer Familie heutzutage mehr Kosten als Nutzen. Außerdem entstehen auch in Brasilien vor allem durch das überaus einflussreiche Fernsehen neue Familienleitbilder. Zusätzlich wird ein größerer Teil der Jugendlichen in Schule und Berufsausbildung integriert, wodurch sich das durchschnittliche Heirats- und Zeugungsalter verschiebt.

Die regionale Verteilung der Bevölkerung in diesem Land ist sehr ungleich. Der größte Teil, nämlich ca. 44 Prozent, lebt in den südöstlichen Bundesstaaten; 29 Prozent leben im Nordosten, 15 Prozent im Süden, 6 Prozent im Mittelwesten und ebenfalls 6 Prozent im Norden. Entsprechend schwankt die Bevölkerungsdichte z.B. zwischen rund 300 Einwohnern pro km² in Rio und 2 in Roraima im Amazonasgebiet.

Dreiviertel der Bevölkerung lebt in den Städten. Das hat zwei wesentliche Ursachen: Zum einen die jahrzehntelange wirtschaftspolitische Bevorzugung der Industrie und den Dienstleistungen gegenüber der Landwirtschaft. Zum anderen die Verhinderung einer einschneidenden Landreform durch die konservativen Großgrundbesitzer. Auf diese Weise konnte mit Ausnahme weniger Regionen, vor allem im Süden, kein bäuerlicher Mittelstand entstehen und es kam zu einer Landflucht verarmter Menschen in die Slums der explosiv und chaotisch wachsenden Städte.



Nicht ganz leicht lässt sich die Verteilung der Bevölkerung nach ethnischen Gruppen bestimmen. Nach der Statistik ist sie wie folgt: Weiße 53%, Mulatten 22%, Mestizen 12%, Schwarze 11% und sonstige 2%. Von den Ureinwohnern

Brasiliens vermischte sich nur ein kleiner Teil nicht mit anderen Volksgruppen. Viele von ihnen leben im Amazonasgebiet. Einige hatten noch nie Kontakt zur modernen Aussenwelt. Diese Eingeborenenvölker, wie z.B. die **Yanomami**, sind durch die in ihren traditionellen Gebieten angelegten Behelfsflugplätze, Strassen und wegen des Bergbaus vom Aussterben bedroht. Gruppen deutscher, italienischer und japanischer Einwanderer siedelten sich im südliche Teil des Landes an, wo diese ethnischen Gemeinschaften heute noch bestehen. Brasilien beheimatet die grösste japanische Gemeinde ausserhalb Japans. Die afrobrasilianische Bevölkerung lebt zumeist in den nordöstlichen Bundesstaaten, wie z.B. in Bahia. All diese Gruppen beeinflussen die vielfältige brasilianische Kultur. Ungefähr 90% der Menschen leben auf zehn Prozent der Landesfläche. Sie wohnen überwiegend an der Ostküste in Städten von Fortaleza bis zur Grenze von Uruguay. Brasilien ist das grösste und bevölkerungsreichste Land in Südamerika.

Sprache:

Im Gegensatz zu den anderen Ländern Südamerikas, in denen Spanisch gesprochen wird, ist in Brasilien Portugiesisch die Amtssprache. Menschen, die sich im Alltag auf Portugiesisch verständigen, verstehen grösstenteils auch Spanisch. Umgekehrt ist dies zumeist nicht der Fall. Einige Brasilianer fühlen sich beleidigt, wenn sie auf Spanisch angesprochen werden. Die verschiedenen Indianergruppen verfügen über mehr als hundert verschiedene Sprachen.

Im Laufe der Zeit entwickelten die Brasilianer zunehmend eigene Wendungen und Ausdrücke, nahmen immer wieder Sprachelemente verschiedener Einwanderungsgruppen auf, vor allem aber integrierten sie sowohl indianische wie afrikanische Begriffe. Natürlich hat Brasilien auch seine ureigene Umgangssprache, seinen "Slang", seine Schimpf- und Koseworte. Brasilianer und Portugiesen brauchen daher mehrere Tage um sich gegenseitig "einzuhören".

Sehr zahlreich sind allerdings die Worte afrikanischer Herkunft. So eng lebten Sklaven und Herrschaften auf den Plantagen neben- und miteinander, dass afrikanische Idiome in der portugiesischen Sprache einfach aufgingen. Auch gibt es keine ausgeprägten Dialekte, obwohl Ausdrücke und Aussprache sowohl nach Regionen wie nach sozialer Schichtung variieren. So wird das "S" in der Gegend von São Paulo als normaler S-Laut ausgesprochen, in Rio und an der Küste am Ende eines Worte aber als "sch". Das "L" wird, wenn es der letzte Buchstabe eines Worte ist, als "U" ausgesprochen: Brasil lautet also "Braziu". Bei der einfachen Landbevölkerung fällt das "L" ganz weg: Carnaval reduziert man zu "Carnavá". Solche häufigen Auslassungen hängen sicherlich auch damit zusammen, dass Analphabeten kein "Bild vom Wort" haben. Mit seinem Schulportugiesisch wird man sich daher beim Verstehen zunächst etwas schwertun.

Mit Englisch kommt man nicht sehr weit. Meist sprechen selbst in den besten Hotels gerade einmal zwei Mitarbeiter nur ein paar Brocken. In Südbrasilien, beispielsweise in **Blumenau** und Pomerode, sprechen einige Einwanderer-Nachkommen noch deutsch.

Die Wirtschaft in Brasilien

Brasilien ist eine föderative Republik mit 27 Bundesstaaten und einem Bundesdistrikt, von denen jeder eine eigene Legislative hat. Da die Bundesregierung eine enorme Kontrolle über die Wirtschaft ausübt, ist die po-

litische Autonomie der einzelnen Bundesländer sehr eingeschränkt. An der Spitze der Regierung steht der Präsident, der grosse Machtbefugnisse hat und sogar eine stärkere Kontrolle über die Nation ausübt als der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Legislative der Bundesregierung stellt der Kongress dar, der sich aus einem Unterhaus, der Abgeordneten-kammer, und einem Oberhaus, dem Senat, zusammensetzt.

Brasilien ist kein Agrarland mehr, Vieh- und Agrarwirtschaft machen nur noch 10% des Bruttoinlandsprodukts aus. Gegenüber dem weiterhin starken Dienstleistungsfaktor wächst der Industriebereich ständig. Führend sind die Sektoren Metallverarbeitung, Maschinen- und Transportfahrzeugbau, Chemie, Schuh- und Lederwarenproduktion, Papier und Zellulose, Textilien sowie elektronische Erzeugnisse. 67% der Exportprodukte sind Industrieerzeugnisse, dennoch ist die Handelsbilanz Brasiliens seit 1996 wieder leicht negativ. Trotz der Ausrichtung der Agrarwirtschaft auf Exportprodukte hat sich die Anbaufläche für Grundnahrungsmittel seit 1970 um 30% vergrössert. Gleichzeitig ist jedoch die Bevölkerung überproportional um 55% angewachsen. Selbst diese Diskrepanz liesse sich noch ausgleichen, gäbe es eine gerechtere Verteilung und vor allem eine grössere Kaufkraft der ärmeren Schichten.

Die Krise von 1980 signalisierte das Ende der brasilianischen Importsubstitutionspolitik, die sich zur Stimulierung der Industrie auf Einfuhrverbote für bestimmte Waren gestützt hatte, und trug zur Öffnung der Wirtschaft des Landes bei. Anfang der 90er Jahre führte Brasilien eine Reihe weitreichender Wirtschaftsreformen durch. Sie umfassten eine strikte Finanzpolitik, Steuerreformen, eine Liberalisierung des Handels und Deregulierung, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Schaffung eines gesetzlichen und strukturellen, für neue und grössere Auslandsinvestitionen attraktiven Rahmens. Infolge der Reformmassnahmen hat sich Brasilien zu einem der liberalsten Wirtschaftssysteme der Welt entwickelt, in dem keine quantitativen Importbeschränkungen mehr bestehen. Der durch-

schnittliche Zolltarif reduzierte sich von 32% im Jahre 1990 auf 12% 1997.

Mit einer Reihe von Wirtschaftsplänen und Währungsreformen versuchten die wechselnden Regierungen vergeblich, den Teufelskreis aus Preissteigerungen und Währungsverfall zu durchbrechen. Erst dem damaligen Finanzminister Fernando Henrique Cardoso gelang es im März 1994, mit dem "Plano Real" eine solide Grundlage für beständiges Wirtschaftswachstum und Preisstabilität zu schaffen. Von Beginn an zeigte der "Plano Real" seine Wirkung: Die Inflation sank von monatlich 50% (Juni 1994) auf unter 2% im Jahresdurchschnitt, bei gleichzeitig deutlichem Wirtschaftswachstum. Zum ersten Mal seit vielen Jahren konnten gerade auch die ärmeren Brasilianer über ein steigendes Realeinkommen verfügen.

Der Erfolg des "Plano Real" verhalf Fernando Henrique Cardoso bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 1994 zu einem klaren Sieg. Der Präsident trat sein Amt mit einem ambitionösen Reformprogramm an. Ökonomische Öffnung und weitere Liberalisierung der Wirtschaft, Sanierung der öffentlichen Finanzen und breit angelegte soziale Verbesserungen waren die Schwerpunkte.

Die Bilanz der ersten Amtsperiode von Präsident Fernando Henrique Cardoso kann sich sehen lassen: Im Jahr 1998 sank die jährliche Inflation auf unter 2%, der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung ging von 25% auf 12% deutlich zurück, das Wirtschaftswachstum betrug 2,8% (1996), 3,7% (1997) und 1,0% (1998) und erhebliche Ströme an ausländischem Kapital flossen ins Land. Hatte der Umfang ausländischer Direktinvestitionen 1991 lediglich bei einer Milliarde Dollar gelegen, so waren 1998 insgesamt 20 Milliarden zu verzeichnen, wodurch Brasilien gleich nach China zum weltweit zweitgrößten Standort für Direktinvestitionen geworden war.

Doch dann löste die Asienkrise im Spätsommer 1998 ein weltweites Erdbeben auf den Finanzmärkten aus, von dem auch Brasilien erfasst wurde. Die Russland-Krise verstärkte das Misstrauen in die Schwellenländer, das Kreditangebot drohte, sich in dramatischer Weise zu reduzieren, die brasilianische Währung wurde zu einem der Hauptziele spekulativer Attacken. Präsident Cardoso setzte eine Reihe von Massnahmen in Gang, um die wirtschaftliche Stabilität des Landes zu sichern, den internationalen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen der Märkte in Brasilien wiederherzustellen. Er drang auf rasche Umsetzung tiefgreifender Reformen bei den Renten, den **Steuern** und in der Verwaltung, um das Staatsdefizit abzubauen und die Abhängigkeit Brasiliens vom Zufluss ausländischen Kapitals zu reduzieren. Die schnelle Reaktion milderte die Auswirkungen der Russlandkrise, so dass sich die Lage auf den internationalen Finanzmärkten entspannte. Hätte Brasilien zu diesem Zeitpunkt nicht so entschlossen gehandelt und seine Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten, hätte dem gesamten internationalen Finanzsystem möglicherweise ein Kollaps gedroht.

Dennoch konnte der massive Abfluss ausländischen Kapitals aus Brasilien nicht verhindert werden. Angesichts der Schwierigkeiten sah sich das Land Ende Oktober 1998 gezwungen, den Internationalen Währungsfonds um Hilfe zu bitten. In Absprache mit dem IWF wurde ein umfangreiches Hilfspaket geschnürt, mit dem Brasilien den umfangreichen Kapitalabfluss kompensieren konnte.

Fernando Henrique Cardoso war Anfang Oktober 1998 erneut mit einer drucksvollen Mehrheit für eine zweite Amtszeit (für die der Weg erst durch eine Verfassungsreform geebnet wurde) zum Präsidenten gewählt worden. Die Brasilianer gaben ihm ihre Stimme, um sicherzustellen, dass der erfolgreiche Reform- und Modernisierungskurs auch in Zeiten der Krise fortgesetzt wird, und so steht die zweite Amtszeit des Präsidenten auch weiterhin unter dem Zeichen von Erneuerung und Konsolidierung. Nicht nur

wegen der mit dem IWF eingegangenen Verpflichtungen, sondern auch in seinem ureigenen Interesse muss Brasilien das Staatsdefizit abbauen und seine Leistungsbilanz verbessern.

Das Vertrauen in Brasiliens Finanzkraft wurde erschüttert, als im Januar 1999 zu befürchten war, die brasilianischen Bundesstaaten würden ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Zentralregierung nicht nachkommen. Der Real geriet unter starken Beschuss. Um diesen Druck zu mildern, beschloss die Regierung, die seit 1994 praktizierte strikte Wechselkurskontrolle zu lockern und den Real freizugeben. Dies bewirkte zunächst eine Verdoppelung des zuvor geltenden Kurses. Doch bald zeichnete sich ab, dass der wirtschaftspolitische Kurs unbeirrt und konsequent weiterverfolgt werden würde. Um wieder mehr Auslandskapital ins Land zu ziehen und die Inflationsgefahr zu bannen, wurden die Zinsen drastisch erhöht. Der Wechselkurs des Real, der vor der Krise bei 1,20 pro Dollar gelegen hatte, pendelte sich auf den Finanzmärkten bei 1,80 ein. Auf Grund der veränderten Situation erwies es sich als erforderlich, die IWF-Vereinbarung neu zu verhandeln und die makroökonomischen Zielvorgaben zu revidieren.

Entgegen den pessimistischen Voraussagen, die von einer 3% bis 5%igen Verringerung des BIP und einer erneuten Inflation von 17% ausgegangen waren, zeigte die brasilianische Wirtschaft im Verlauf des Jahres 1999 ein weit günstigeres Erscheinungsbild. Die Rezession, die im ersten Halbjahr zu verzeichnen war, ging zurück. Für das Jahr wurden für das BIP ein Rückgang unter 1% und für die Inflation eine Rate unter 8% verzeichnet. Das Leistungsbilanzdefizit, das 1998 mit 34 Milliarden Dollar zu beziffern war, lag 1999 bei nur wenig über 20 Milliarden Dollar, die fast vollständig durch Direktinvestitionen ausgeglichen wurden. Diese unvermindert hohen Investitionen aus dem Ausland sprechen für die Dynamik der brasiliani-

schen Wirtschaft. Der von der Zentralbank aufgestellte Leitzinssatz fiel von 45% gleich nach der Freigabe des Real im Januar auf 19% im September. Mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von 4% sind die Prognosen für das Jahr 2000 noch günstiger.

Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Erholung wird es möglich sein, die im Sozialbereich gesteckten Entwicklungsziele zu erreichen, d.h. den Arbeitsmarkt zu stärken und die Bereiche Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit gezielt zu fördern. Die Programme im sozialen Bereich trotz des strikten Sparkurses weiterzuführen und auszubauen, dies ist die grösste Herausforderung, der sich die Regierung derzeit gegenüber sieht. Ausgeglichene öffentliche Haushalte sind in der Tat Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, für Glaub- und Kreditwürdigkeit und damit für den Zufluss von Auslandskapital und für Investitionen auch im Sozialbereich. So konzentriert sich ein grosser Teil der Regierungsarbeit in der zweiten Amtsperiode auf die Durchsetzung der Steuer- und Sozialversicherungsreform, ohne die das öffentliche Defizit nicht abgebaut werden kann.

Andererseits hängt eine verbesserte Performance der brasilianischen Wirtschaft weitgehend auch von der weltwirtschaftlichen Lage ab. Dabei ist es entscheidend, dass sich die Wachstumstendenzen der nordamerikanischen und der europäischen Wirtschaft fortsetzen und dass brasilianischen Exporten ein besserer Marktzugang gewährt wird. Dies könnte auch über eine Liberalisierung der Agrarmärkte erfolgen, die Gegenstand der kommenden WTO-Runde sein wird. Für Brasilien und für andere Schwellenländer hängt auch vieles davon ab, ob es gelingt, die Strukturen des internationalen Finanzsystems zu verbessern, um in einem Klima grösserer Sicherheit und Berechenbarkeit mehr Liquidität und mehr Kreditangebote zu garantieren.

Unter dem Motto "Avança Brasil" hat die brasilianische Regierung für den Zeitraum 2000 bis 2003 ein ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm aufgelegt,

in dessen Rahmen Investitionen in Höhe von R\$ 100 Milliarden getätigt werden sollen. Die Finanzierung soll aus öffentlichen Mitteln und - zum grösseren Teil - über den privatwirtschaftlichen Bereich erfolgen und für Entwicklungen im Sozialbereich, für Infrastrukturmassnahmen und eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit des Produktivsektors eingesetzt werden. Hiervon erhofft man sich die Schaffung von 8 Millionen Arbeitsplätzen und ein deutlich über 4% liegendes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Rückgang des öffentlichen Defizits unter 3% des BIP und einer jährlichen Inflationsrate von unter 2,5%. Ein erfolgreicher Verlauf des Programms könnte die Umsetzung eines auf Stabilität und Wettbewerb beruhenden Entwicklungsmodells mit einem expandierenden **Arbeitsmarkt** ermöglichen. Damit bekäme der Staat die Mittel an die Hand, Sozialprojekte zu fördern und wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben. Der Staat würde dabei nicht mit eigenen **Direktinvestitionen** eingreifen, sondern seine Aufgabe darin sehen, durch geeignete politische Massnahmen die Produktivität anzukurbeln und ein günstiges Investitionsklima zu schaffen.

Während die weiterhin boomenden Exporte und die Stabilisierung der Direktinvestitionen für makroökonomische Stabilität sorgen, entspannt die innenpolitische Lage in der Folge des politischen Skandals (ein enger Mitarbeiter von Kabinettschef Dirceu ist offensichtlich in einen Spendenskandal verwickelt) nur langsam. In den nächsten Monaten wird es darauf ankommen, dass der bislang noch relativ fragile Konjunkturaufschwung (vor allem die Industrieproduktion enttäuschte zuletzt) endlich auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, da ansonsten der Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung weiter abbröckeln wird, mit negativen Konsequenzen für den Reformprozess. Es gibt allerdings gute Gründe dafür, dass der Arbeitsmarkt reagieren wird: Der Rückgang des lokalen Zinsniveaus (um 10,5 Prozentpunkte seit Juni 2003) wird aller Voraussicht nach weitergehen, das globale Konjunkturmilieu scheint sich zu stabilisieren, und die Commodity-Preise dürften hoch bleiben. Es werden ein BIP-Wachstum von 3,5% (2003: -0,2%) erwartet

Politik

"Ordem e Progresso" - so lautet der Wahlspruch, der in die blaue Himmelskugel der brasilianischen Flagge auf gelber Raute und grünem Grund gestickt ist. Ordnung und Fortschritt - das war das Ideal des französischen Philosophen Auguste Comte, das sich die junge brasilianische Republik von 1889 zu eigen machte.

Genaugenommen war die zarte Pflanze der Demokratie schon erblüht, als 1822 der Prinzregent die Unabhängigkeit vom Mutterland Portugal ausrief und sich wenig später als Monarch einer eigenen brasilianischen Verfassung unterwarf. Brasilien blickt also auf mehr als 170 Jahre konstitutionelle Tradition zurück. Bis zum Beginn dieses Jahrhunderts blieb Brasilien jedoch ein Ständestaat der Landaristokratie, der Militärs und der Geistlichkeit. Den Aufbruch in die moderne Industriegesellschaft signalisierten erst die Verfassungen von 1934 und von 1946.

Ein allgemeines, freies Wahlrecht mit direkten und geheimen Wahlen zum Nationalkongreß und zum Amt des Präsidenten der Republik sowie die Garantie der demokratischen Grundfreiheiten fielen zusammen mit der Verwirklichung eines alten Traumes: dem in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre begonnenen Bau einer modernen, funktionellen Hauptstadt im menschenleeren Innern des Landes - Brasilia.

Das von Oscar Niemeyer entworfene Kongreß-Gebäude in Brasilia symbolisiert die demokratische Verfassung der größten lateinamerikanischen Nation auf architektonisch elegante Weise: die Kuppel des Senats auf der einen Seite, die Schale der Abgeordnetenkammer auf der anderen, ausgewogen durch den Hochhausturm in der Mitte - wie eine Waage, die am "Platz der Drei Gewalten" durch den offenen Präsidentenpalast (Palácio do

Planalto) und das über dem Boden schwebende Gebäude des Obersten Gerichtshofes eingerahmt wird.

Die Teilung der politischen Macht in die klassischen drei Gewalten (Exekutive: der Präsident und seine Regierung; Legislative: der Kongreß; Judikative: die unabhängigen Gerichte), das föderative Prinzip (26 Bundesstaaten und der Bundesdistrikt Brasilia mit eigener demokratischer Verfassung) und die Garantie der bürgerlichen Grundrechte sind die Säulen der brasilianischen Demokratie.

1964 jedoch kippte diese fein austarierte Balance: Die Militärs sahen sich zum Eingreifen veranlaßt, weil der Grundkonsens der Gesellschaft im Zuge einer sich zuspitzenden politischen im Chaos unterzugehen drohte. Brasilien wurde bis 1985 von Vertretern des Militärs regiert. Bereits 1974 hatten unter General Ernesto Geisel erneut Parlamentswahlen stattgefunden, wenn auch die politischen Parteien noch einer Zensur unterlagen. Die "abertura", die politische Öffnung, und der schrittweise Rückzug der Militärs aus der Politik, waren jedoch nicht mehr aufzuhalten. 1982 fanden die ersten freien Wahlen in den Bundesstaaten statt, 1984 demonstrierten Millionen Brasilianer für das Recht auf freie und direkte Wahlen ihres Staatsoberhauptes. So weit wollte der Kongreß damals aber nicht gehen: Man einigte sich jedoch auf freie, indirekte Wahlen, so wie sie in einem parlamentarischen Regierungssystem üblich sind. Im Januar 1985 bestimmte eine Wahlversammlung Tancredo Neves zum neuen Präsidenten. Sein tragischer Tod verhinderte jedoch den Einzug in den Palácio do Planalto, und Vizepräsident Jose Sarney rückte verfassungsgemäß zum Staatspräsidenten auf. Während seiner Amtszeit wurde das Fundament für die geltende Staatsordnung Brasiliens gelegt.

Die verfassungsgebende Versammlung verabschiedete am 15. Oktober 1988 eine neue Magna Charta. Es war die achte Verfassung in Brasiliens Geschichte und, nach Meinung internationaler Verfassungsjuristen, eines

der freiheitlichsten Grundgesetze überhaupt. Die Bevölkerung trug mit 61.142 Eingaben zu dieser Verfassung bei, die verfassungsgebende Versammlung tagte über einen Zeitraum von 19 Monaten. Niemals zuvor in der Geschichte ist ein solches Werk so ausführlich diskutiert und so gründlich ausgearbeitet worden.

Die Bewährungsprobe der neuen Verfassung kam bald: Im November 1989 fanden die ersten freien direkten Wahlen zum Staatsoberhaupt seit 1960 statt, aus denen der junge Fernando Collor als Sieger hervorging. Drei Jahre später, am 29. Dezember 1992, bestätigte der Kongreß das Impeachment gegen Collor wegen Korruption und persönlicher Bereicherung. Verfassungsgemäß übernahm sein Stellvertreter, Vizepräsident Itamar Franco, nun das Amt für den Rest der Legislaturperiode.

Mit dieser Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahre 1988 wurden den Brasilianern das Recht der freien Rede sowie das Streikrecht zugebilligt und Folterungen verboten. Diese Verfassung räumte allen Staatsbürgern ab 16 Jahren auch das Wahlrecht ein, selbst wenn sie nicht lesen und schreiben können.

Wahlen sind farbenfreudige Angelegenheiten und werden von den von der Demokratie nicht gerade verwöhnten Brasilianern als Vorwände für weitere Feste genommen. Dann bedecken Wahlplakate jede noch so kleine Fläche an Wänden und fahren Autokonvois durch die Städte, um dabei als Unterstützung für den jeweiligen Wahlkandidaten so viel Krach wie möglich zu erzeugen.

Mit einer Reihe von Wirtschaftsplänen und Währungsreformen versuchten die wechselnden Regierungen vergeblich, den Teufelskreis aus Preissteigerungen und Währungsverfall zu durchbrechen. Erst dem damaligen Finanzminister Fernando Henrique Cardoso gelang es im März 1994, mit dem "Plano Real" eine solide Grundlage für beständiges Wirtschaftswachs-

tum und Preisstabilität zu schaffen. Von Beginn an zeigte der "Plano Real" seine heilsame Wirkung: Die Inflation sank von monatlich 50% (Juni 1994) auf unter 2% im Jahresdurchschnitt, bei gleichzeitig deutlichem Wirtschaftswachstum. Zum ersten Mal seit vielen Jahren konnten gerade auch die ärmeren Brasilianer über ein steigendes Realeinkommen verfügen.

Die Verfassung von 1988 erlaubt es dem Präsidenten, sein Kabinett zusammenzustellen, Gesetzgebung zu initiieren und Beziehungen zu ausländischen Staaten zu unterhalten. Er ernennt auch den Oberbefehlshaber der Armee und kann in allen Dingen ein Veto einlegen. Dieser Macht des Präsidenten steht ein Parlament mit zwei Kammern gegenüber, bestehend aus dem Senat mit 72 Sitzen und der Abgeordnetenversammlung mit 487 Sitzen. Präsidentenwahlen sind alle fünf Jahre vorgesehen, Parlamentswahlen alle vier Jahre. Wahlen in den Bundesstaaten finden ebenfalls alle vier Jahre statt, Gemeindewahlen alle drei Jahre.

Im Jahre 1994 wurde Fernando Henrique Cardoso zum erst zweiten Präsidenten des Landes in 32 Jahren gewählt, der durch demokratische Wahlen in das Amt gelangte. Während seiner ersten Amtszeit wurde er so beliebt, dass er die Präsidentschaftswahlen vom Oktober 1998 bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit erneut für sich entscheiden konnte. Wichtige politische Ämter haben neben dem Präsidenten die Gouverneure wichtiger Bundesstaaten und die Bürgermeister der Millionenstädte inne. Diese Exekutivämter werden in allgemeinen, direkten Wahlen besetzt, was den Amtsinhabern eine grosse Unabhängigkeit verleiht. Erst 2002 werden wieder Neuwahlen stattfinden. Bei diesem politischen Grossereignis wird nicht nur das Präsidentenamt neu besetzt werden. Auch die Kongressmitglieder, die Gouverneure und die Abgeordneten der Landesparlamente müssen sich der Wahl stellen.

Am 27. Oktober 2002 erhielt Lula da Silva dann mit 52,7 Millionen Stim-

men das beste Ergebnis, das bei Präsidentschaftswahlen in Brasilien je erzielt worden ist. Von Januar 2003 bis Dezember 2006 wird er das Amt des Präsidenten der Föderativen Republik Brasilien bekleiden.